



NATO-GIPFEL

Der „Gipfel“ kommt!

Der größte Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes wirft seine Schatten voraus,

Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich sollte man zum Jahreswechsel einen Rückblick schreiben, dazu ein paar besinnliche Gedanken und dann darauf hoffen, dass die Weihnachtsfeiertage und der Jahreswechsel möglichst friedlich verlaufen. Aber die Zeit ist zu kurzlebig und das Jahr 2009 wird mit der Bewältigung des NATO-Jubiläumsgipfels in Frankreich und Deutschland der baden-württembergischen Polizei viel Arbeit bescheren.

Nach den inzwischen öffentlichen Verlautbarungen des Landespolizeipräsidenten müssen wir mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg rechnen.

Mindestens 6000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Land und noch einmal die gleiche Anzahl aus anderen Bundesländern und von der Bundespolizei werden wohl benötigt, um die Sicherheit der Teilnehmer dieses Gipfels zu gewährleisten.

Kosten des Polizeieinsatzes zahlt Baden-Württemberg

Kosten soll dieser „Spaß“ einen zweistelligen Millionenbetrag. Die Spanne zwischen 10 und 99 Millionen ist groß,

aber das interessiert niemand. Es interessiert (bisher) anscheinend auch niemand, wer diese Kosten aufbringen muss und vor allem, wo das dafür benötigte Geld eigentlich herkommt. Zweistellige Millionenbeträge sind aber nach den Katastrophenmeldungen der letzten Wochen und den in allen Medien inzwischen umhergeisternden Milliardensummen eigentlich gar nicht mehr der Rede wert. Trotzdem: Jeder vernünftige Bürger nimmt wohl an, dass die Bundesrepublik Deutschland die Kosten für die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Staatsgäste trägt. Denn Baden-Württemberg hat die vielen Staatsgäste aus der ganzen Welt ja wohl nicht eingeladen. Nach dem alten Spruch „Wer bestellt, der bezahlt auch“ wäre dies sicher auch angemessen. Hat doch unsere Bundeskanzlerin – zusam-



Josef Schneider

men mit dem französischen Staatspräsidenten – diesen Gipfel so gewollt.

Erstaunt nimmt man jedoch zur Kenntnis, dass die Kosten für den Polizeieinsatz vom Land Baden-Württemberg zu tragen sind. Also wir Steuerzahler im

Fortsetzung auf Seite 2



Weihnachten

Markt und Straße steh'n verlassen,
still erleuchtet jedes Haus;
sinnend geh ich durch die Gassen,
alles sieht so festlich aus.

An den Fenstern haben Frauen
buntes Spielzeug fromm geschmückt,
tausend Kindlein steh'n und schauen,
sind so wunderstill beglückt.

Und ich wandre aus den Mauern
bis hinaus ins freie Feld.
Hehres Glänzen, heil'ges Schauern,
wie so weit und still die Welt!

Sterne hoch die Kreise schlingen;
aus des Schnees Einsamkeit
steigt's wie wunderbares Singen. –
O, du gnadenreiche Zeit!

Joseph von Eichendorff, 1788 bis 1857

**Unseren Lesern frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr 2009 wünscht die Redaktion
des Landesjournals Baden-Württemberg.**



NATO-GIPFEL

Fortsetzung von Seite 1

Land werden zur Kasse gebeten. Dafür dürfen dann viele Bürgerinnen und Bürger in Süd- und Nordbaden während des Gipfels sicher mit erheblichen Einschränkungen rechnen.

Urlaubssperre für „Alle“

Wir bei der Polizei durften darüber hinaus bereits zur Kenntnis nehmen, dass für alle Polizeibeschäftigten im Land – weiß eigentlich jemand warum für alle (?) – vom 27. März bis 5. April eine Urlaubssperre angeordnet wurde. Das Innenministerium war wieder einmal – unter Berufung auf einschlägige Gerichtsentscheidungen, die aber von Fachleuten auch mit guten Argumenten kritisiert werden – nicht bereit, dem Hauptpersonalrat der Polizei vor der Verfügung ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Die Beurteilung der Rechtslage durch die GdP ist den Verantwortlichen bekannt. Dass Urlaubssperren nichts mit der Auf-

stellung eines Urlaubsplans zu tun haben sollen, ist nur schwer nachzuvollziehen. Der Hauptpersonalrat der Polizei sah sich (leider) außerstande, diese Frage vor einem baden-württembergischen Verwaltungsgericht einer Klärung zuzuführen, wie es von der GdP-Fraktion beantragt wurde. Nur in einem Mitbestimmungsverfahren hätte ein Personalrat die Möglichkeit, durch konkrete Nachfragen, die Erforderlichkeit einer Urlaubssperre zu prüfen, weil er seine Zustimmung von einer rechtzeitigen und vor allem umfassenden Information durch die Dienststelle abhängig machen könnte. Dann und nur dann wäre der Personalrat auch in der Mitverantwortung. Gerade diese Verantwortung scheint aber für manche Personalräte ein Problem zu sein. Jetzt ist wohl für alle Tage klar, dass die Anordnung einer Urlaubssperre in der Hand der Dienststellenleiter liegt. Es sei denn, es gelänge eine Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, die die Mitbestimmung vor dem Erlass einer Urlaubssperre „punktgenau“ definiert. Da muss aber wohl noch viel passieren, bis so etwas in Baden-Württemberg möglich wäre.

Tarifverhandlungen 2009

Viel wichtiger für uns alle ist allerdings, dass mal wieder Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst anstehen. Tarifverhandlungen, die alle Beschäftigten des Landes angehen. Darauf haben wir seit einiger Zeit immer wieder hingewiesen. Zwar hat das Ergebnis dieser Verhandlungen direkt nur Konsequenzen für die ArbeitnehmerInnen des Landes. Es steht aber die definitive Zusage unseres Ministerpräsidenten, das Ergebnis der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich auf die Landesbeamtinnen und -beamten zu übertragen.

Abschließend wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest – hoffentlich ohne Katastrophen – und ein erfolgreiches Jahr 2009. An dieser Stelle darf ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die die GdP auch im zu Ende gehenden Jahr durch ihre Ideen und ihre Mitarbeit tatkräftig unterstützt haben. Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam werden wir auch stark bleiben. Eine starke GdP garantiert Rückhalt und Sicherheit.

Euer Josef Schneider,
Landesvorsitzender

DIE GdP GRATULIERT HERZLICH

zur Beförderung zum/zur

Polizeiobererrat

Freiburg PD: Daniel Russ

Polizeihauptkommissar A 12

Bodenseekreis: Uwe Schröder

Polizeioberkommissar

Pforzheim: Reiner Schönhaar, Klaus-Jürgen Kohtz

Es traten in den Ruhestand:

Böblingen: Wolfgang Merkel. Heilbronn: Werner Göltzer, Eberhard Schepferle. Ludwigsburg: Gerd Esenwein. Main-Tauber: Günter Kraft. Mannheim: Siegfried Schönrock, Karl Lörtsch. Pforzheim: Klaus Gräther. Stuttgart LPD I: Panagiotis Arapakis. Zollern-Albkreis: Werner Endlichhofer.

(Wir bitten um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Kreisgruppe gemeldet wurden).

Zusammengestellt v. A. Burckhardt

TERMINE

Einladung zum Polizeiball

Am Samstag, dem 6. Dezember, findet in der Stadthalle in Donzdorf der Polizeiball „Göppingen“ statt. Ausgerichtet wird der Polizeiball von den Kreisgruppen der Bereitschaftspolizei Göppingen und der Polizeidirektion Göppingen. Es wird wieder ein tolles Programm geboten

und fetzige Tanzmusik. Einlass ab 19.00 Uhr, Beginn 20.00 Uhr. Karten gibt es bei den Kreisgruppen (siehe Aushang in den Dienststellen).

Die Kreisgruppen in Göppingen würden sich über einen starken Besuch sehr freuen.

wosch

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/8 57 20 00
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



GEWERKSCHAFTSBEIRATSSITZUNG**Demokratie ist Diskussion**

Von Dienstag, 4. November, bis Mittwoch, 6. November 2008, tagten die verschiedenen Gremien (GLV, LV und Gewerkschaftsbeirat) der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg in Pforzheim und Sindelfingen. Die Sitzung des Gewerkschaftsbeirats fand am 6. November 2008 in Sindelfingen statt. Der Gewerkschaftsbeirat befasste sich in seiner Sitzung schwerpunktmäßig mit der Einführung des Digitalfunks bei der Polizei in Baden-Württemberg und mit der Arbeit des geschäftsführenden Landesvorstands im abgelaufenen Zeitraum. Der Gewerkschaftsbeirat setzt sich zusammen aus allen Kreisvorsitzenden in Baden-Württemberg und ist das höchste gewerkschaftliche Gremium zwischen den Delegiertentagen.

Der Landesvorsitzende Josef Schneider begrüßte die angereisten Tagungsteilnehmer. Zu Beginn der Sitzung erhoben sich die Teilnehmer von den Sitzungstischen und gedachten der verstorbenen GdP-Kolleginnen und Kollegen. Rüdiger Seidenspinner erinnerte mit seinen Worten an so manche Kollegin und Kollegen, die im letzten Jahr verstorben sind.

Ehrungen

Mit Freude und Stolz ehrte der Landesvorsitzende Josef Schneider Christina Falk, Udo Hampel, Norbert Gieger und Michael Rieder mit der Verdienstmedaille des GdP-Landesbezirks. Diese Verdienstmedaille ist die zweithöchste Eh-

rung, die der Landesbezirk vergeben kann, danach kommt nur noch die Ernennung zum Ehrenmitglied. Den großen GdP-Stern in Gold für besondere Verdienste bekam Rolf Kircher verliehen.

Der Landesvorsitzende dankte allen Geehrten und brachte auch zum Ausdruck, dass so eine Ehrung auf der einen Seite der Dank der GdP ist und auf der anderen Seite aber auch Anspruch sein soll, weiter so wie bisher für die Mitglieder der GdP zu arbeiten.

Digitalfunk

Polizeioberberater Werner Paul, der Leiter des Projektstabes Digitalfunk im Innenministerium Baden-Württemberg, gab



Die Verdienstmedaille der GdP erhielten v. l. n. r.: Michael Rieder, Christina Falk, Norbert Gieger und Udo Hampel. Zweiter von rechts der Landesvorsitzende Josef Schneider.



POR Werner Paul bei seinem Vortrag.

einen aktuellen Sachstandsbericht über die Einführung des Digitalfunk bundesweit und im speziellen in Baden-Württemberg.

POR Paul führte u. a. aus, was der Digitalfunk für Vorteile gegenüber dem Analogfunk hat. Die Vorteile sind:

- Drei eigenständige Netze
- Analog ist veraltete Technik
- Digital bietet mehr Funkkapazität
- Bessere digitale Sprachqualität
- Verschlüsselungstechnik, Verhinderung von Abhörungen
- Mehr Sicherheit durch bevorrechtigten Notruf
- Mehr Kommunikationsmöglichkeiten

Es gibt einen bundesweiten Rollout-Plan mit engen Zeitabläufen. Es werden bundesweit ca. 4200 und in Baden-Württemberg ca. 650 Netzabschnitte eingerichtet. Realisierung in BW bis etwa 2010.

Zurzeit werden die polizeilichen Endgeräte getestet. Es geht dabei um die Handsprechgeräte mit Zubehör, Geräte für die Funkstreifenwagen (Fahrzeugfunk) und Geräte für die Dienststellen (Feststationsgeräte). Welche Geräte beschafft werden ist noch nicht entschieden.

400 Millionen sind in BW für das Gesamtprojekt vorgesehen. Nochmals 40 Millionen für den Kauf der Endgeräte für die Polizei.

Die Finanzierung sei gesichert (Zeitpunkt der Aussage).

POR Paul forderte die Zuhörer auf, das Projekt zu unterstützen, es wird ein

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

gutes Netz, es wird eine hochmoderne Kommunikationsplattform, stellt aber auch auf der anderen Seite einen finanziellen Kraftakt des Landes dar.

Gewerkschaftspolitischer Situationsbericht

Mit großem Interesse wurde der gewerkschaftspolitische Situationsbericht des Landesvorsitzenden verfolgt. Josef Schneider sprach zunächst die Kommunikationsmöglichkeiten und die Informationsmöglichkeiten für Kreisgruppenvorsitzende und für alle Mitglieder der GdP in BW an. Josef Schneider sprach auch die Rechtsschutzproblematik im Raum Freiburg an. Die GdP steht für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Wir lassen es uns auch nicht nehmen, unsere Mitglieder auf den dienstlichen Rechtsschutz hinzuweisen, notfalls werden wir auch dafür streiten.

Für die kursierenden Modelle einer besonderen Polizeibesoldung gab es eine klare Absage vom Landesvorsitzenden. „Lasst die Hände davon“, rief er in den Saal. Es gibt überhaupt keine Chance, solche Pläne in diesem Land zu verwirklichen, auch die CDU als Regierungspartei will dies nicht, wie die Gespräche ergaben.



Mit dem großen GdP-Stern in Gold wurde Rolf Kircher vom Landesvorsitzenden Josef Schneider (links) geehrt.



Blick in den voll besetzten Saal. In der vordersten Reihe unsere Ehrenmitglieder v.r.n.l.: Rainer Jeskulke, Reinhold Kästel, Norbert Stier, Dieter Arndt und Olaf Bong.

Über die Dienstrechtsreform führte Josef Schneider aus, dass wir die verbindliche Zusage von Ministerpräsident Oettinger haben, dass, bevor etwas entschieden wird, mit dem DGB und der GdP gesprochen wird. Wir haben ein Plakat entworfen, dort können unsere Forderungen nachgelesen werden (auch in diesem Heft). Wir wollen die richtige Einordnung der Besoldung der Polizei in die Besoldungstabellen und die beginnt bei uns in A 9.

Josef Schneider verwies am Schluss seiner Rede auf den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht.

Grußwort DGB

Die stv. DGB-Bezirksvorsitzende Marion von Wartenberg überbrachte die Grüße des DGB Baden-Württemberg. Sie ging insbesondere auf die Finanzkrise ein. Die Zukunftsangst hat wieder zugenommen. Der private Konsum muss gestützt werden. Deshalb sei es richtig, dass die IGM auf ihrer Forderung von 8 Prozent mehr Lohn festhält. Sie ging auf die kommende Tarif- und Besoldungsrunde ein und sagte die Unterstützung des DGB zu.

„Wir müssen zusammenhalten, denn die Gewerkschaften sind das Einzige, das die Schwachen haben“, sagte Marion von Wartenberg.

Kooperationspartner Signal Iduna

Auch Manfred Eichert von der Signal Iduna informierte über gemeinsam

durchgeführte Seminare zum Thema „Mitglieder finden – Mitglieder binden“. Er stellte ein Papier vor, das zur Betreuung und Werbung von Neumitgliedern eingesetzt werden kann. So sind zum Beispiel im Mitgliedsbeitrag Versicherungsleistungen enthalten, die von keiner privaten Versicherung angeboten werden. Die GdP-Riester-Rente hat den Vorteil eines Gruppen-Rahmenvertrages sowie einer kostenlosen Unfallversicherung in Höhe von 6000 Euro.

Auch ist der GdP-Rabatt von 5 Prozent bei den Produkten unserer PVAG (Polizeiversicherungs-AG) bares Geld in der Tasche. Insbesondere Senioren profitieren von einer Halbierung des Beitrages für eine Privathaftpflichtversicherung.

Nach einer regen Aussprache zu den vorgetragenen Themen und Fragen zu Kassenangelegenheiten befassten sich die Versammlungsteilnehmer mit Änderungen innerhalb der Ehrungsrichtlinien und anderen Anträgen.

Der Landesvorsitzende Josef Schneider bedankte sich in seinem Schlusswort für die rege Diskussion und für die gefassten Beschlüsse und schloss die Gewerkschaftsbeiratssitzung in Sindelfingen.

wosch

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im Januar 2009 ist Mittwoch, der 3. Dezember 2008, und für die „Februar-Ausgabe 2009“, Donnerstag, der 8. Januar 2009.



Drogenmissbrauch

schnell und sicher entdecken

Akkreditiert nach DIN EN ISO/IEC 17025 und
DIN EN ISO 15189 (forensische Blutalkoholbestimmung).

- günstiges und schnelles Drogenscreening
- qualifizierte forensisch-toxikologische Analytik
- kompetente Beratung und Begleitung
- langjährige Erfahrung

www.mvz-clotten.de

Labor Dr. Englert, Dr. Raif & Kollegen | Bismarckallee 10 | 79098 Freiburg
Tel. 0761/31905-157 | info@mvz-clotten.de

 **MVZ
CLOTTEN**

**Ihr kompetenter Partner
für Drogenanalytik**

Wo soll das noch hinführen? Wer kann sich das noch leisten?

Von Hans-Jürgen Kirstein, stv. GdP-Landesvorsitzender,
und Uli Müller vom Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg

Im Lokalderby Stuttgart gegen den KSC kam das zum Tragen, was viele Kritiker schon im Vorfeld befürchtet haben. Aufgrund fehlender Unterstützung durch stehende Einheiten der Bereitschaftspolizei mussten, wie der Pressesprecher der Polizei Stuttgart ja betonte, die Reiter eingesetzt werden, um einen Einsatzzug zu ersetzen.

Die Bedrohungslage für die Kolleginnen und Kollegen der Reiterstaffel entstand nur dadurch, dass nicht genügend stehende Einheiten zur Verfügung standen, welche sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Jetzt bei diesen Kolleginnen und Kollegen einen Sündenbock zu suchen ist der falsche Weg und versperrt nur den Blick auf das Wesentliche. Grund ist die verfehlte Personalpolitik bei der Polizei in den letzten Jahren und der Verzweilungstaten der Verantwortlichen innerhalb der Polizeiführung.

noch mehr Einsätze an den Wochenenden und somit noch mehr Belastung, obwohl wir schon an der Obergrenze des Zumutbaren angelangt sind. Auch der einzelne Kollege bzw. die einzelne Kollegin der Bereitschaftspolizei kann nicht 24 Stunden rund um die Uhr arbeiten, obwohl manchmal der Eindruck entsteht, sie könnten es und bräuchten keine ausreichenden Ruhephasen.

Somit wird es in der Folge zu einem erhöhten Einsatz von den Alarmzügen des Einzeldienstes kommen müssen und dies in einer Zeit, wo der Polizeieinzeldienst ja weiß Gott genug eigene Probleme hat,



Hans-Jürgen Kirstein Uli Müller

mit dem vorhandenen Personal auszukommen. Deshalb fordere ich, die Revierviensterhöhung durch die Bereitschaftspolizei nochmals zu überdenken bzw. vor weiteren Erhöhungen im nächsten Jahr Abstand zu nehmen. Jedem muss klar sein, dass geschlossene Einheiten niemals durch Tier oder Technik ersetzt werden können, mag die personelle Lage noch so angespannt sein.

Tropfen auf dem heißen Stein

Gerade deshalb ist es eine nicht nachzuvollziehende Entscheidung, die Erhöhung des Reviervienstes durch Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei seit September dieses Jahres, und dies trotz massiver Bedenken bei den Verantwortlichen der Bereitschaftspolizei und auch aus den Reihen des Polizeieinzeldienstes.

Man muss sich vorstellen, eine bestimmte Anzahl von Kolleginnen und Kollegen wird im gesamten Land verteilt, nur um wenige Polizeiführer zu beruhigen. Die ist sprichwörtlich „der Tropfen auf dem heißen Stein“.

Gleichzeitig stehen diese Kolleginnen und Kollegen für Einsätze wie z. B. Fußballspiele oder Demonstrationen als geschlossene Einheit nicht mehr zur Verfügung. Unbestritten ist, welchen Einsatzwert gut ausgebildete Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei im Verbund haben.

Noch mehr Einsätze an Wochenenden

Die Auswirkungen auf die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei sind verheerend, bedeuten sie doch,

VERSORGUNGS AUSGLEICH

GdP-Mitglieder bekommen über eine Million Euro zurückgebucht!

Wie bereits mehrfach berichtet wurde, sind die Mitglieder der GdP auf Initiative des Landesbezirkes Bremen seit Oktober 2007 bundesweit darüber informiert worden, dass in einer Vielzahl von Fällen des Versorgungsausgleichs bei Scheidungen vor dem 1. 1. 2003 die alten Entscheidungen hierzu gerichtlich abgeändert werden können und die Beamten/-innen dann teilweise sehr hohe Beträge bei ihren Versorgungsanwartschaften gutgeschrieben bekommen.

Jetzt hat der damit befasste Rechtsanwalt Bernd Stege aus Bremen ein „Zwischenergebnis“ mitgeteilt: Die „Aktion“ der GdP Bremen sei ein voller Erfolg! In den für die Mitglieder eingeleiteten und erfolgreich abgeschlossenen Abänderungsverfahren seien GdP-Mitgliedern bundesweit bisher über eine Million Euro bei ihren Versorgungsanwartschaften gutgeschrieben worden. Eine Viel-

zahl von Verfahren seien für weitere GdP-Mitglieder noch anhängig, und auch dort sei in der Summe mit der Gutschrift von weiteren – zweistelligen – Millionenbeträgen zugunsten der betroffenen GdP-Mitglieder definitiv zu rechnen.

Alle weiteren GdP-Mitglieder, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, vor dem 1. 1. 2003 geschieden worden sind und bisher nicht tätig wurden, sollten nicht länger abwarten, da für das kommende Jahr Gesetzesänderungen zum Versorgungsausgleich anstehen, die für die Beamtschaft nicht nur vorteilhaft sein werden. Es lohnt sich also, Mitglied einer starken GdP zu sein; auch finanziell und auch gerade für Senioren.

Info-Material können GdP-Mitglieder wie bisher kostenlos über die genannte E-Mail-Adresse anfordern: Bernd Stege, Rechtsanwalt in Bremen, rastege@raeno.de **hwf**





Gruppenreise Dresden mit Semperopervorstellung „Der Barbier von Sevilla“

Reisetermin: 06.03.2009 bis 08.03.2009, Konzert 07.03.2009, 19 Uhr
 Reisepreis pro Person im DZ/Frühstück € 350,00
 Einzelzimmerzuschlag € 100,00
 und Eintrittskarte PK 5

Eingeschlossene Leistungen: Busreise ab/bis Stuttgart, Karlsruhe, Mainz (weitere Zusteigemöglichkeiten auf Anfrage)
 2 x Übernachtung mit Frühstücksbuffet
 1 x Guide für eine 3-stündige Stadtbesichtigung Dresden
 1 x Eintrittskarte Kat. 5 für „Der Barbier von Sevilla“ am 07.03.2009, 19 Uhr

Zuschläge für eine andere Preiskategorie der Konzertkarte sind in unserer ausführlichen Reiseausschreibung, die wir Ihnen auf Wunsch gerne zusenden.

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen



Wir haben noch Plätze frei Schnupperkreuzfahrt mit der Costa Luminosa

**50 €
gespart!**

vom 29.05.2009 – 5 Tage
 Italien, Griechenland, Malta und Tunesien
 Bonuspreis pro Person ab € 649,00 **regulär ab € 699,00**
 Reiseroute: Venedig, Bari, Katakolon/Olympia (Griechenland), La Valletta (Malta), Tunis (Tunesien), Civitavecchia/Rom, Busanreise kann individuell dazugebucht werden. Reisepreis richtet sich nach der Teilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen



Weihnachten steht vor der Tür!

Überraschen Sie ihre Lieben doch mal mit einem Musicalbesuch. Gerne stellen wir Ihnen auch Gutscheine für ein Musical Ihrer Wahl aus.

Unser Vertragspartner **Trendartikel Ralf Knoll** hat nun auch eine Homepage: www.trendartikel-knoll.de. hier können **GdP-Mitglieder oder Kundenkartenbesitzer bis zu 20% Rabatt** absahnen.

Wie bereits in der Dt. Polizei Ausgabe Juli ausgeschrieben könnt ihr auch Markenuhren, Schmuck, Dupont-Feuerzeuge und Markensonnenbrillen mit dieser Rabattierung erhalten.



Entdecken Sie den neuen Opel Insignia

www.psw-neufahrzeuge.de

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!








PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
 Christa + Björn Schmidt GbR
 Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen
 Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
 Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de · info@psw-gbr.de



Attraktivität des Polzeiberufs steigern!

**Wir brauchen Klarheit und Zukunftsperspektiven.
Deshalb fordern wir:**

-  **sofortige** Abschaffung der Besoldungsgruppe A 7 für ausgebildete Polizeibeamtinnen /-beamten,
-  **mittelfristig** muss die Polizei-Besoldung nach dem Ende der Ausbildung mindestens in der Besoldungsgruppe A 9 erfolgen,
-  **Erhalt der O-Klasse**, um berufserfahrenen Kolleginnen und Kollegen das Studium an der FHPol zu ermöglichen (alternativ Studium ohne Fachhochschulreife für berufserfahrene, besonders qualifizierte Kolleginnen und Kollegen),
-  **mittelfristig** volle Schlüsselung der Stellen des gehoben und höheren Dienstes (bis A 14), orientiert an den bisherigen Stellenobergrenzen des Bundes,
-  **mittelfristig** Schaffung von Beförderungsstellen für den höheren Dienst, orientiert am neuen Bewertungstableau.

Das ist verständlich, für alle transparent und verlässlich.

**Allen anderen Bestrebungen zeigen wir
die „rote Karte“.**

